

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/120

30. Juni 1975

Auf sieben Ebenen gegen den Alkoholmißbrauch!

Zum gemeinsamen Aktionsprogramm der Gesundheitsminister
von Bund und Ländern

Von Fred Zander MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 und 2 / 91 Zeilen

Die Selbstisolierung der Union

CDU/CSU verweigern Zustimmung zu Zusammenarbeit und
Sicherheit in Europa

Seite 3 / 42 Zeilen

Mehr Lebensqualität durch verbessertes Planungsrecht

Wesentlicher Teil der Reform des Bundesbaugesetzes
fertiggestellt

Von Ernst Waltemathe MdB
Mitglied des Bundestageausschusses für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau sowie der Kommission für Boden-
rechtsreform beim Parteivorstand der SPD

Seite 4 und 5 / 58 Zeilen

Doch Dynamik in Europa

Zwischenbilanz anlässlich eines Jahres der Gedenktage

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 6 und 7 / 87 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Housellee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhaus 7, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 27 - 28
Telefax: 08 86 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Auf sieben Ebenen gegen den Alkoholmißbrauch I

Zum gemeinsamen Aktionsprogramm der Gesundheitsminister von Bund und Länder:

Von Fred Zander MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Jugend, Familie und Gesundheit

Eine erschütternde Zahl: Wahrscheinlich sind 900.000 bis eine Million Menschen in diesem Lande alkoholkrank - also abhängig vom Alkohol. Süchtig, wie andere süchtig sind nach Morphium oder Heroin. Mancher spricht da gerne von "Willensschwäche" oder "persönlichem Versagen". Aber die Ursachen liegen tiefer.

Der fortschreitende Industrialisierungsprozeß bringt nicht nur akute Gesundheitgefährdungen mit sich, wie Arbeits- und Verkehrsunfälle. Die Technisierung wirkt, wie es in unserem "Orientierungsrahmen '85" heißt, "auch auf Lebensweise und Verhaltensgewohnheiten der Menschen nachhaltig ein. Ein vor allem auf Gewinn und wirtschaftliche Macht orientiertes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das auf bloße Steigerung des privaten Konsums ausgerichtet ist, verstärkt die durch die technische Entwicklung ohnehin gegebene Gefährdung der Gesundheit".

Zur Ergänzung und Intensivierung bereits laufender Maßnahmen haben Bund und Länder jetzt ein gemeinsames Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs beschlossen. Darin wird festgestellt: "Das Alkoholproblem ist nicht beschränkt auf bestimmte Altersgruppen, nicht auf einzelne soziale Schichten und nicht auf besondere Randgruppen der Gesellschaft. Es zeigt ein allgemeines gesellschaftliches Problem an, in dessen Konsequenz immer mehr Menschen Ersatzbefriedigung durch den Konsum von alkoholischen Getränken suchen."

Gestützt auf dieses Aktionsprogramm soll der Alkoholmißbrauch auf sieben Ebenen verstärkt bekämpft werden:

Strengere Kontrollen: Es gibt heute schon eine ganze Reihe gesetzlicher Vorschriften, die dafür sorgen sollen, daß Alkohol nicht für jedermann zugänglich ist. Z.B. im Jugendschutzgesetz das Verbot, Alkohol an Minderjährige zu verkaufen; oder im Gaststättengesetz das Verbot, auf die Gäste einen Alkoholzwang auszuüben, oder das Verbot, Alkohol an Betrunkene zu verkaufen. Ob schärfere Gesetze, z.B. zum Schutz von Jugendlichen, erforderlich sind, wird man prüfen müssen. Auf jeden Fall aber ist eine volle Ausschöpfung der bestehenden gesetzlichen Regelung durch entsprechende Kontrollen erforderlich. Dazu gehört auch die Anwendung der Bußvorschriften, die bei wiederholten oder schweren Verstößen bis zum Entzug der Ausschank- oder Verkaufserlaubnis reichen.

Werbebeschränkungen: Viele Darstellungen in der Alkoholwerbung haben - gerade für junge Menschen - einen hohen Aufforderungscharakter. Sie zeigen z.B. Alkoholtrinkende in einer besonderen Hochstimmung, oder in besonders schönen und schicken Situationen. Die Gesundheitsminister haben jetzt deutlich erklärt, daß die Alkoholwerbung auszuschließen ist, die "geeignet erscheint, besonders junge Menschen anzusprechen und diesezum Konsum

aufzufordern oder dem Mißbrauch durch Konsumateigerung Vorschub zu leisten". D.h., daß in Zukunft jede Werbung unterbleiben soll, die z.B. den Alkoholgehalt eines Getränkes verharmlost, oder die Personen zeigt, die "für Jugendliche besondere Vorbildwirkung haben wie Sportler, Filmstars, Schlageridole usw.". Ob dies durch eine freiwillige Werbebeschränkung der Alkoholindustrie sicherzustellen ist, wird davon abhängen, wie bald sie kommt und wie durchgreifend sie sein wird.

Gesundheitliche Aufklärung: Einen Schwerpunkt des Aktionsprogrammes bilden gezielte Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Dadurch sollen Unbedachtheit, Unkenntnis und Verharmlosung des Alkoholmißbrauchs abgebaut werden. Alkoholmißbrauch ist nämlich kein Zeichen für "moderne Lebensart" und kein Kavaliäradelikt - sondern eine gefährliche Krankheit. Und das muß den Menschen in unserem Lande bewußt gemacht werden.

Behandlung der Alkoholkranken: Es sollen neue Wege der Früherkennung, der Beratung und der Behandlung entwickelt werden. Auf diesem Gebiet besteht - trotz guter und richtiger Ansätze - ein ungeheurer Nachholbedarf. Wie es in dem Programm heißt: "Es gilt, die bestehenden Einrichtungen zu erweitern, um zu einem flächendeckenden, bedarfsgerechten Netz solcher Einrichtungen zu kommen." Die damit verbundenen Probleme sind groß: sie reichen von dem Meinungsstreit unter den Fachleuten, was denn nun das richtige Verfahren zur Behandlung Alkoholkranker sei, bis zu der schlechten Finanzsituation der Gebietskörperschaften und der freien Träger der Wohlfahrtspflege. Eine gründliche, fachmännische Suchtkrankenbehandlung kostet nun einmal viel Geld.

Ausbildung von Fachleuten: So, wie es selbstverständlich ist, daß z.B. eine Fachkraft für Frauenheilkunde oder für Bakteriologie eine besondere Aus- und Fortbildung braucht, so müssen auch in Zukunft alle diejenigen gut und gründlich geschult werden, die die Volksseuche Alkoholmißbrauch bekämpfen sollen. Es ist ein wichtiger erster Schritt, daß "nunmehr im Rahmen des Medizinstudiums den Problemen des Mißbrauchs alkoholischer Getränke und des Gebrauchs von Rauschdrogen größerer Raum gegeben worden ist". Alle Berufe, die mit Menschen zu tun haben, die jung sind, oder aber besonders konfliktbeladen und gefährdet, brauchen einen höheren Wissensstand. "Diese Berufsskala reicht von den Ärzten, Psychologen und Pädagogen über Sozialarbeiter, Krankenpflegepersonal, bis hin zu Richtern, Staatsanwälten, Polizeibeamten und Beamten im Strafvollzug".

Die Vorbildwirkung: Wir müssen den jungen Leuten beweisen, daß es durchaus möglich ist, auch ohne Alkohol entspannt und fröhlich zu sein. Wir müssen ihnen Treffpunkte anbieten, die mindestens so attraktiv sind, wie irgendwelche Kneipen und Discotheken, wo ihnen heute - vorsätzlich oder fahrlässig - das Trinken beigebracht wird.

Gründliche Forschung: Im Grunde ist es erschütternd, wie wenig wir heute über die Volkskrankheit Alkoholmißbrauch wissen. Hier sind genaue Untersuchungen erforderlich: Welche Menschen sind besonders gefährdet? Wie erfolgt die "Ansteckung"? Wie kann man sie am besten verhindern? Wie kann man die bereits Erkrankten nachhaltig heilen? Diese Fragen müssen - auch durch internationalen Erfahrungsaustausch - beantwortet werden.

Aber über eines müssen wir uns bei all dem im klaren sein: So gut und so notwendig die Hilfe im Einzelfall ist, die wirklichen Ursachen liegen tiefer. Und diese gesellschaftlichen Ursachen müssen wir erkennen - und ändern.
(-/30.6.1975/ka/pr)

+ + +

Die Selbstisolierung der Union

CDU/CSU verweigern Zustimmung zu Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa

Die CDU-Führung hat auf die Feststellung des Bundesgeschäftsführers der SPD, Holger Börner, daß es außer den Neofaschisten in Italien keine andere Partei in den westdeutschen Staaten gebe, die sich so engstirnig gegen den Abschluß der KSZE stemme wie die CDU im Gefolge der Scharfmacher der CSU, mit Entrüstung reagiert und von unzulässigen und demagogischen Parallelen gesprochen. Gleichzeitig aber wiederholte der CDU-Vorstandssprecher den Beschluß der Unions-Führungsgremien, daß die Oppositionsparteien im Bundestag gegen den KSZE-Bericht stimmen werden. Die CDU verhält sich damit völlig anders als ihre Gewinnungsfreunde in Italien oder in Frankreich oder in irgendeinem anderen der westeuropäischen Staaten und wird daher, sollte sie bei ihrem starren und sturen Nein bleiben, am Schluß völlig isoliert dastehen - außer der Parallelentscheidung der Neofaschisten in Italien.

Die "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)" wird, wenn man die derzeitige Situation richtig analysiert, etwa Ende Juli oder spätestens Anfang August in Helsinki ihre Abschlußphase erleben, nachdem vorher in vielmonatigen und zugegeben schwierigen Verhandlungen in Genf eine Kompromißregelung gefunden wurde, die den Interessen der westlichen, östlichen und neutralen Staaten so weitgehend entspricht, wie man das füglicherweise erwarten kann und darf, ohne in den alles-oder-nichts-Standpunkt auszuweichen. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sind der Ansicht, daß inzwischen ein Verhandlungs- und Regelungspunkt erreicht worden ist, an dem man das vorläufige Genfer Ergebnis akzeptieren kann, vorausgesetzt, daß noch die eine oder andere Frage entweder in Genf oder spätestens in Helsinki in Ordnung gebracht werden kann.

Helsinki soll keine Vertragsvereinbarungen beschließen oder bringen, sondern den Staatsmännern der beteiligten Staaten die Chance geben, auf der Basis der in Genf erarbeiteten Prinzipien vor aller Welt zu erklären, wie und in welcher Weise das von ihnen vertretene Land aktiv dazu beitragen will, diese Prinzipien der Zusammenarbeit und der Sicherheit in Europa nicht nur befolgen, sondern auch zu realisieren. Man wird sich, in einer anderen personellen Zusammenstellung, vielleicht in ein oder zwei Jahren wieder treffen, um verbindlich festzustellen, was an Konkretem bereits geschehen ist, um die Ziele von Helsinki in Wirklichkeit umzusetzen.

Es kommt also, wenn man die Grundsätze der Zusammenarbeit und der Sicherheit in Europa bejaht, jetzt darauf an, sie mit der größtmöglichen Unterstützung von allen Seiten so zu postulieren, daß sie verpflichtend wirken. CDU und CSU werden es vor dem deutschen Volk zu verantworten haben, wenn sie sich selbstisolierend abseits stellen und ihre Zustimmung verweigern. Parallel mit den Neofaschisten Italiens. (e/30.6.1975/bgy/e)

Mehr Lebensqualität durch verbessertes Planungsrecht

Wesentlicher Teil der Reform des Bundesbaugesetzes fertiggestellt

Von Ernst Wiltzmethe MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
sowie der Kommission für Bodenrechtsreform beim Parteivorstand der SPD

Die Bodenpolitiker haben im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau offenbar so lautlos vor sich hin gearbeitet, dass manche schon öffentliche Spekulationen darüber anstellen, ob die Reform des Bundesbaugesetzes als eines der wichtigen Vorhaben dieser Legislaturperiode nicht mehr stattfinden sollte. Dabei sind nach Anhörungsverfahren und Planspielen, in denen die einzelnen Instrumente auf ihre Brauchbarkeit abgeklöpft wurden, die Beratungen zügig vorgegangen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der planungsrechtliche Teil praktisch schon im federführenden Ausschuss zu Ende gebracht wurde.

Gegenüber dem bisherigen Planungsrecht sind folgende Verbesserungen beschlossen: Stadtplanung darf künftig nicht hinter verschlossenen Amtstüren stattfinden. Das geehrte Publikum soll nicht ehrfürchtig vor technokratischen Sachzwängen stramm stehen, nicht Objekt der Planung sein, sondern selbst daran mitwirken. Ein Flächennutzungs- oder ein Bebauungsplan, der nicht in breiter Öffentlichkeit unter Beteiligung der Bürger erörtert und erarbeitet worden ist, wird künftig null und nichtig sein. Gesetzlich wird vorgeschrieben, daß Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung in der Gemeinde öffentlich dargelegt und Gelegenheit zu Äußerungen zum frühest möglichen Zeitpunkt gegeben werden muss und dass Alternativen aufzuzeigen sind.

Städteplanung ist kein bloß technischer Vorgang, sondern kann tief in strukturelle und gesellschaftliche Verhältnisse und Verknüpfungen eingreifen. Deshalb sind Grundsätze für soziale Massnahmen darzulegen. Soweit durch Bebauungsplan und seine Verwirklichung nachteilige Auswirkungen auf persönliche Lebensumstände der im beplanten Gebiet wohnenden und arbeitenden Menschen entstehen, ist ein Sozialplan zu entwickeln und hat die Gemeinde den Betroffenen zu helfen.

In rechtstaatlich einwandfreier Form ist ein Katalog von Geboten

und Verboten in das Gesetz aufgenommen worden, damit die planmäßige Nutzung des Grund und Bodens nicht nur planerisch vorbestimmt, sondern auch zum geeigneten Zeitpunkt erzwungen werden kann. Dabei sind für die Erhaltung und Modernisierung des Baubestandes Regelungen gefunden worden, die einen hemmungslösen Kahlschlag in unseren Städten verhindern helfen.

Die tatsächliche Bebauung von Grundstücken kann hinausgeschoben werden, wenn die notwendigen öffentlichen Infrastruktureinrichtungen noch nicht vorhanden sind oder in absehbarer Zeit nicht finanziert werden können. Wohnungen nützen niemandem, wenn sie nicht beispielsweise mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind oder wenn nicht Sorge dafür getragen ist, dass Kinder einen Kindergarten- oder Schulplatz finden.

Im sogenannten Außenbereich bleiben die Bebauungsmöglichkeiten eingeschränkt. Allerdings wird sowohl den sich ändernden Strukturbedingungen der Land- und Forstwirtschaft als auch dem Schutze des vorhandenen Bestandes durch großzügigere Modernisierungserlaubnisrechnung Rechnung getragen. Denn auch auf dem Lande soll das Erhaltenwerte stärker vor Verfall oder Abbruch bewahrt bleiben.

Der politisch brisante abgabenrechtliche Teil wird den Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau nach der Sommerpause beschäftigen. Der Koalitionskompromiss, wonach durch den Planungswertausgleich lediglich 50 vH des planungsbedingten Mehrwertes abgeschöpft werden, wird nicht angetastet. Klar ist auch, dass ein Eigentümer nicht zweimal die Kosten der Grundstückserschließung bezahlen muss. Alle Sachkundigen und Planspieler haben aber überzeugend dargelegt, dass der Regierungsentwurf sowohl nach den Gesetzen der inneren Logik als auch der praktischen Anwendbarkeit verbesserungsbedürftig ist. Wenn Anhörungen und Planspiele einen Sinn haben sollen, muss der Gesetzgeber berechtigten Einwänden nachgehen, um nicht wider besseres Wissen falsche Bestimmungen zu verankern. Wenn die Vernunft Vorfahrt haben soll, werden wir nicht das Unvernünftige tun dürfen.

(-/30.6.1975/bo/pr)

Doch Dynamik in Europa

Zwischenbilanz anläßlich eines Jahres der Gedenktage

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Am 5. Juni 1975 haben sich die Bürger in Großbritannien für Europa und somit für den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Gemeinschaft entschieden. Nach einem harten Schlagabtausch zwischen den Anti- und Pro-Europäern haben die Argumente derjenigen überzeugt, die verstanden haben, daß der Nationalstaat allein keines der vor uns liegenden Probleme wie Währungsfragen und Sicherung der Arbeitsplätze oder die Rohstoffversorgung lösen kann. Hier sind gemeinsame Anstrengungen erforderlich, und wir freuen uns, daß die Frauen und Männer in Großbritannien ihrer Regierung den klaren Auftrag erteilt haben, an gemeinsamen Lösungen mitzuwirken. Die Entscheidung in Großbritannien ist ein für die Gemeinschaft bedeutsames Ereignis. Blicken wir zurück, was in den letzten Jahrzehnten in Westeuropa im Bereich der Zusammenarbeit geleistet wurde, so stellen wir fest, daß das Jahr 1975 ein Jahr großer Gedenktage ist.

Erinnern wir uns: Vor 30 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende, der in Europa ein Chaos hinterließ. Deutschland stand vollkommen isoliert in der europäischen Völkerfamilie. Niemand hätte sich damals vorstellen können, daß in nur wenigen Jahren sich Westeuropa und mit ihm Deutschland zu einer der wirtschaftlich stärksten Regionen in der Welt entwickeln würden. Nur fünf Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland, im Jahre 1950, schlug der damalige französische Außenminister, Robert Schuman, einen Plan vor, der der Ausgangspunkt der europäischen Integration werden sollte. Es war Frankreich, eines der Länder, das mit am meisten unter dem Krieg gelitten hatte, das Deutschland die Hand zur Veröhnung bot. Durch die Mitwirkung in der westlichen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis konnte nun die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz innerhalb der westlichen Demokratien einnehmen und aktiv am Aufbau Europas mitwirken sowie ein Motor der Entspannungspolitik in Europa werden.

Warum habe ich diese zwei Beispiele angeführt? Ich möchte damit veranschaulichen, welche enorme Entwicklung sich in Europa seit jenem Mai 1945 vollzogen hat. Wir alle sind heute zwar ein wenig ungeduldig geworden, da den meisten von uns der Zusammenschluß Europas nicht schnell genug voranschreitet. Aber wenn wir die heutige Lage einmal nüchtern betrachten, müssen wir doch feststellen, welche beachtlichen Erfolge erzielt wurden. Nur ein Beispiel: Vor 30 Jahren wäre es unvorstellbar gewesen, daß die Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in diesem Raum sich frei bewegen, arbeiten und leben können. Jeder Bürger der Europäischen Gemeinschaft kann heute in jedem Mitgliedstaat der Gemeinschaft frei seinen Arbeitsplatz wählen, er kann sich an jedem Ort der Gemeinschaft mit seiner Familie niederlassen und genießt dort als Arbeitnehmer die gleichen Rechte wie die Bewohner dieses Landes. Dieses ist doch wirklich ein Erfolg!

Natürlich wären wir in der europäischen Integration gerne weiter, aber viele der uns in Europa bewegenden Probleme, vor allem die Währungs- und Rohstoffprobleme der letzten Jahre, die sich besonders im Zusammenhang mit

der Krise gezeigt haben, sind ein Hemmschuh für die Einigung geworden. Die Wirtschafts- und Währungsunion, die geplant war, hat nicht in dem Tempo realisiert werden können, wie wir es uns vorgestellt hatten. Wir sind uns jedoch klar darüber, daß die in über 20jährigen Bemühungen um die Integration Europas erzielten Ergebnisse beachtlich sind, daß neue Fortschritte aber einen klaren politischen Willen der Regierungen unserer Mitgliedsstaaten fordern.

Auf der Gipfelkonferenz im Dezember 1974 haben die Regierungschefs beschlossen, alle Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft bis zum Jahre 1980 in eine Europäische Union umzuwandeln. Sollte dies gelingen, wird dieser Plan von - ich möchte sagen - weltpolitischer Bedeutung sein. Das integrierte Westeuropa, das auch in Zukunft offen sein wird für den weiteren Beitritt demokratischer Staaten, könnte so den Platz in der internationalen Gemeinschaft einnehmen, der ihm kraft seiner wirtschaftlichen Stärke eigentlich zukommt. Wir Europäer könnten dann die politische Verantwortung übernehmen - die wir übernehmen müssen, ob wir wollen oder nicht - und manches dazu beitragen, daß Krisenherde in den Regionen der Welt, die uns geographisch am nächsten liegen, gemildert oder beseitigt werden. Wir könnten noch stärker als bisher dazu beitragen, daß die Staaten, die oft nach langen Jahren der Diktatur auf dem Wege zu einem demokratischen Regime sind und die schwer am Erbe ihrer Vergangenheit zu tragen haben, wirtschaftlich Hilfe von uns erhalten, damit sie - wie wir vor 25 Jahren - sich in freier Entscheidung am Aufbau und an der Ausgestaltung eines demokratischen und freiheitlichen Europas beteiligen können.

Für uns Parlamentarier ist eines der wichtigsten Probleme, das in den nächsten Jahren gelöst werden muß, die Frage der Demokratisierung der Gemeinschaften. Seit Jahren fordern wir, daß das Europäische Parlament, das die Interessen der Bürger Europas vertreten soll, direkt gewählt wird und ein echtes Mitspracherecht erhält. Wir haben große Hoffnung, daß 1978 zum ersten Mal in allen Ländern der Gemeinschaft die Vertreter für das Europäische Parlament direkt gewählt werden, denn die Regierungschefs haben sich zur Durchführung dieser Direktwahlen verpflichtet. Aber die Direktwahl ist nur eine Seite der Medaille.

Ohne die Übertragung echter Kontroll- und legislativer Befugnisse an das Europäische Parlament, ist die von uns angestrebte Demokratisierung nur unvollständig. Aus diesem Grunde haben gerade die deutschen Sozialdemokraten immer wieder darauf gedrängt, daß die Befugnisse des Europäischen Parlaments erweitert werden. Wir möchten den Bürgern Europas dieses Europa verständlicher machen, wir möchten es sozial besser ausgestalten, wir möchten dem arbeitenden Menschen, wo immer er in dieser Gemeinschaft lebt, einen Arbeitsplatz sichern, soziale Sicherheit garantieren und ihm ein Mitspracherecht in den für ihn wichtigen Fragen sichern, damit er sich, wie es Herbert Wehner einmal formuliert hat, in dieser Gemeinschaft zu Hause und geborgen fühlt.

(~/30.6.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller